



# HESSISCHER LANDTAG

17. 03. 2015

Plenum

## Antrag

### der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### betreffend Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main: die Entwicklung einer der dynamischsten Regionen Europas weiter stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main eine herausgehobene Stellung als Motor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung innerhalb Deutschlands und Europas einnimmt. Sie ist eine der dynamischsten und internationalsten Regionen dieser Art und leistet bedeutende Beiträge für den europäischen Integrationsprozess. Die enge Verbindung mit der Metropolregion Rhein-Neckar verstärkt diesen Prozess.
2. Die polyzentrale Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main erstreckt sich über drei Länder, vier Regierungsbezirke, 18 Landkreise und sieben kreisfreie Städte. Sie ist Heimat von mehr als fünf Millionen Menschen, Finanzplatz von internationalem Rang, Verkehrs- und Logistikkreuzung mit dem drittgrößten europäischen Flughafen und einem der größten Bahnhöfe Deutschlands, weltweit größter Internet-Knoten, bedeutende Wissenschaftsregion mit einem herausragenden kulturellen Angebot und verfügt mit dem Regionalpark über ein erfolgreiches Instrument aktiver Freiraumentwicklung.
3. Der Landtag hebt hervor, dass die international beachtete Qualität der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sich in erster Linie auf das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger gründet, die durch ihre vielfältigen Aktivitäten den Charakter ihrer Region prägen. Demgemäß wird eine positive Weiterentwicklung der Metropolregion stets von einzelnen Kooperationen und Initiativen der Akteure ausgehen müssen, wie dies bereits im Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main angelegt ist. Die Landespolitik ist dabei weiterhin aufgerufen, hierfür möglichst gute Rahmenbedingungen zu setzen und entsprechende Initiativen zu fördern.
4. Der Landtag betont, dass insbesondere auch unter dem Aspekt des internationalen Wettbewerbs die strategische Ausrichtung der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main als Gesamtinteresse aller Akteure verstanden werden muss. Bund, Land und Kommunen sind aufgerufen, weiter am internationalen Image der Region, aber auch an der Verbesserung der Lebensqualität vor Ort zu arbeiten. Die Landesregierung wird gebeten, ihren Beitrag zu leisten und konsequent mit der Begleitung der Region fortzufahren. Hierzu gehören zum Beispiel der Ausbau und Erhalt der Mobilitätsinfrastruktur, die Weiterentwicklung des wissenschaftlichen Profils oder die weitere Mitwirkung bei den Bestrebungen des Finanzplatzes Frankfurt, sich im nationalen und globalen Wettbewerb zu positionieren.
5. Über diese Aspekte hinaus ist für den Erhalt der Zukunftsfähigkeit der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main im Besonderen auch der soziale Zusammenhalt in den Fokus zu rücken. Der Landtag stellt fest, dass das Land auch in diesem Bereich mit einer Reihe von Initiativen und Programmen beispielgebend tätig ist. Exemplarisch genannt seien das Sozialbudget, mit dem viele soziale Organisationen verlässlich finanziert werden, das Sonderprogramm Wohnungsbau, mit dem das Land unter anderem die Entstehung von Sozialwohnungen, Wohnraum für Studierende und die Modernisierung von Mietwohnungen fördert; der Sozialindex, über den zusätzliche Lehrerstellen an Schulen verteilt werden, die im Landesvergleich unter besonders schwierigen sozialen Bedingungen arbeiten; die verschiedenen, in der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen gebündelten Suchtthilfeangebote wie beispielsweise zur substitions-gestützten Behandlung und Betreuung Opiatabhängiger (Methadonprogramm) oder die "Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt (HEGISS)".

6. Der Landtag stellt fest, dass in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Reihe regionaler Initiativen und Organisationen entstanden ist, die das Zusammenwirken in der Region gefestigt und gefördert haben. Hierzu zählen zum Beispiel der RMV, die ivm GmbH, die Rhein-Main-Abfall GmbH, die KulturRegion FrankfurtRheinMain gGmbH, die Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH, der Wirtschaftsförderung Region Frankfurt RheinMain e.V. oder die Regionalpark Ballungsraum Rhein-Main gGmbH. Durch den regionalen Flächennutzungsplan des gesamten Gebiets wird zudem die planerische und städtebauliche Entwicklung der Region einheitlich gestaltet und dokumentiert. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang auch den angekündigten Wiedereintritt des Landes in die Wirtschaftsförderungsgesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH - International Marketing of the Region.
7. Der Landtag erkennt an, dass die beschriebene Dynamik der Metropolregion sowie das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger in entscheidendem Ausmaß auf die polyzentrischen Strukturen in der Region und die Nähe zu den Entscheidungsträgern vor Ort zurückzuführen sind. Im Gegensatz zu anderen Ballungsräumen ist diese Vielfalt eine Besonderheit und gleichzeitig ein Vorzug der Rhein-Main-Region. Der Landtag spricht sich daher - auch aus Respekt vor der kommunalen Familie - ausdrücklich für den Erhalt des Prinzips der freiwilligen interkommunalen Zusammenarbeit in bedeutsamen regionalen Aufgabenfeldern aus.
8. Der Landtag bittet die Landesregierung, den oben beschriebenen Weg konsequent fortzusetzen. Land und Region haben in den vergangenen Jahren gemeinsam viel geleistet und so wesentlich zu Wohlstand und Wohlbefinden der Menschen in Frankfurt/Rhein-Main beigetragen.
9. Der Landtag spricht sich daher dafür aus, dass Hessen gemeinsam mit den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Bayern ein umsetzungsorientiertes Projekt "Frankfurt/Rhein-Main 2020+" zur integrierten Stadt- und Regionalentwicklung auf den Weg bringt. Im Vordergrund sollte die Erarbeitung einer zukunftsfähigen Vision zur funktionsräumlichen Arbeitsteilung und Zusammenarbeit (Wohnen, Gewerbe, Industrie, Verkehr, Klima- und Umweltschutz, Energie etc.) in der polyzentralen Metropolregion stehen.
10. Der Landtag bittet die Landesregierung, Gespräche mit den Ländern Bayern und Rheinland-Pfalz aufzunehmen, um die länderübergreifende Vernetzung der Regionen weiter zu vertiefen. In diesen Gesprächen sollte auch erörtert werden, ob Formate wie eine Internationale Bauausstellung (IBA), REGIONALE oder Ähnliches sinnvoll und in einem vernünftigen Verhältnis von Aufwand und Nutzen für die Weiterentwicklungen der Metropolregion genutzt werden können oder ein eigener, auf die spezifischen Bedarfe der Region zugeschnittener Weg beschritten werden sollte.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17. März 2015

Für die Fraktion  
der CDU  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Boddenberg**

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Wagner (Taunus)**